

Wahlprogramm

VerfasserIn: Programmkommission

Gegenstand: Kapitel 3: Bildung

549 Text

550 Bildung

551 Mehr Bildungsgerechtigkeit!

552 Auf Bildung haben wir GRÜNE bisher einen Schwerpunkt gelegt und werden es
553 weiterhin tun. Inklusion, Ganztagschulen und Sprachförderung benötigen
554 mittelfristig mehr Geld, sparen aber langfristig Geld ein. Schulen brauchen
555 neben qualifizierten Lehrkräften auch sozialpädagogische oder therapeutische
556 Fachkräfte. Hier steht der Bund in der Verantwortung: Er muss für gerechte
557 Bildung Geld zur Verfügung stellen. Daher setzen wir uns für die Abschaffung des
558 Kooperationsverbotes ein.
559 Bildungschancen und Schulerfolg dürfen nicht von der familiären Situation und
560 dem sozialen Umfeld abhängen. Mit dem weiteren Ausbau von Quartiersbildungs-
561 bzw. Familienzentren fördern wir Chancengerechtigkeit.

562 Schulreform mit allen Beteiligten gemeinsam fortsetzen

563 Die Schulreform ist auf einem guten Weg. Wenn alle Beteiligten mitgenommen
564 werden, kann die Reform zu einem erfolgreichen Bildungssystem führen. Schulen
565 sollen mit Eltern und Kindern, der Behörde und der Politik gemeinsam auf
566 Augenhöhe an ihrem Ziel arbeiten. Der Bildungskonsens, der bis 2018
567 festgeschrieben ist, war erfolgreich. Wir wollen ihn verlängern.

568 Auf den Anfang kommt es an!

569 Wir fördern frühkindlichen Lernens und die Verzahnung von Kindergarten und
570 Grundschule. Hierzu gehört eine verbindliche Zusammenarbeit aller Institutionen,
571 eine Weiterentwicklung der Sprachförderung von Anfang an und die Entwicklung
572 eines gemeinsamen Bildungsplanes für den Kindergarten- und Grundschulbereich.
573 Die Stärkung des Übergangs zwischen Kindergarten und Schule ist für uns ein
574 Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode.

575 Inklusion für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung!

576 Wir GRÜNE wollen eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung. Eine wichtige Grundlage ist
577 dafür die inklusive Schule. Durch die UN-Behindertenrechtskonvention hat sich
578 Deutschland verpflichtet, sich in ein inklusives Land zu entwickeln. Bremen

579 belegt im Ländervergleich den Spitzenplatz bei der inklusiven Beschulung. Die
580 hohe Akzeptanz inklusiver Beschulung in Bremen ist für uns Ermutigung und
581 Herausforderung gleichermaßen: Ziel GRÜNER Politik ist es, im engen Austausch
582 mit den Schulen, Eltern und Lehrkräften die Qualität der Schulen
583 weiterzuentwickeln. Von der inklusiven Beschulung profitieren alle. Den
584 begonnenen Weg wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten weitergehen.

585 Gute Ganztagschulen flächendeckend ausbauen!
586 Es werden mehr Ganztagschulen eingerichtet und bestehende weiterentwickelt.
587 Sie bieten mehr Raum für individuelle Förderung und differenzierte Lern- und
588 Lehrmethoden, die die Schülerleistung verbessern. Nur so können alle Kinder und
589 Jugendlichen unabhängig von Ihrer sozialen Herkunft gute Startchancen für ihren
590 Bildungsweg haben. In einer gebundenen Ganztagschule wechseln Unterricht,
591 Eigenarbeit und Freizeit ab. Das sorgt für eine entspannte Atmosphäre. Alle
592 können konzentrierter arbeiten. Unterschiedliche soziale Voraussetzungen können
593 ausgeglichen werden. Die Eigeninitiative von SchülerInnen wird gefördert. Die
594 Öffnung der Schulen zu ihren Stadtteilen soll gestärkt werden.

595 Den Schulen mehr Verantwortung übertragen!
596 Die Schulen wissen am besten, wie es in ihrem Stadtteil aussieht. Sie sollten
597 selbst entscheiden können, welches Personal zu ihnen passt oder nach welchem
598 Konzept der Unterricht gestaltet wird. Wir wollen den Schulen mehr Verantwortung
599 übergeben. Dies bedeutet, dass die Unterrichtsversorgung sichergestellt sein
600 muss. Die Einzelschulen sollen selbständig über ein Budget verfügen, um schnell
601 und effizient bei Unterrichtsausfall reagieren zu können.

602 Oberschulen und Gymnasien sind wichtig!
603 Die Oberschulen sind attraktiv, um alle Schulabschlüsse machen zu können. Häufig
604 wird die Möglichkeit gewählt, dort das Abitur nach 13 Jahren zu machen. Dabei
605 ist wichtig, dass abhängig vom Bedarf Mittel zur Verfügung gestellt werden, um
606 vergleichbare Chancen zu ermöglichen.

607 Die durchgängigen Gymnasien sollen ihre Qualität weiter entwickeln und neue
608 Lernmethoden zur individuellen Förderung einbeziehen.
609 Alle Schulen sollen ein Qualitätsmanagement einführen. Dies beinhaltet auch die
610 Rückmeldung von SchülerInnen über das Schulklima und die Qualität des
611 Unterrichts. Eine Evaluation von Bildungsbarrieren könnte zu gezielten
612 Verbesserungen führen.

613 Übergänge, Berufsschulen, Sek II
614 Die Einführung von Jugendberufsagenturen ist ein guter Weg den wir eingeschlagen
615 haben, damit Jugendliche nach der Schule mit bedarfsgerechten Angeboten
616 abschlussbezogen erreicht werden. Wichtig sind uns Kompetenzfindungsangebote.
617 Alle Talente müssen erreicht werden. Die Talente müssen aber auch wissen, was
618 ihre Talente sind.

619 Die Berufsschulen im Land Bremen sind bundesweit für ihre hervorragende Arbeit
620 anerkannt. Die personelle Ausstattung muss erhalten bleiben, um die Qualität zu
621 sichern. Durch Einführung der Werksschulen konnte die Anzahl der Schulabbrecher
622 deutlich gesenkt werden.

623 Lehrkräfte und pädagogisches Personal sind die Basis für den Erfolg!
624 Gute Schulen brauchen bestmöglich ausgebildete, motivierte und gesunde
625 MitarbeiterInnen. Deswegen wollen wir Grünen bereits bei der Aus- und
626 Fortbildung die richtigen Weichen für eine chancengerechte und inklusive Schule
627 stellen. Eine gezielte Weiterbildung, die Förderung der Zusammenarbeit von
628 Lehrkräften und pädagogischem Personal untereinander und die Ausweitung der
629 Eigenständigkeit der Schulen, sind zentrale Ziele für eine Weiterentwicklung der
630 LehrerInnenausbildung aus grüner Sicht. Die Fortbildung von Lehrkräften wollen
631 wir stärken und generell verbindlicher gestalten. Insbesondere in
632 Ganztagschulen ist uns wichtig, Rückzugsmöglichkeiten für Lehrkräfte
633 einzurichten.

634 Schulen in freier Trägerschaft
635 Wir stehen für ein vielfältiges Schulsystem. Die Schulen in freier Trägerschaft
636 bereichern die Schullandschaft durch ihr besonderes Profil und haben nicht die
637 Rolle von Eliteschulen. Wichtig ist, dass auch diese Schulen offen für alle
638 Kinder und Jugendlichen bleiben. Ein abgestimmtes Konzept aller Schulstandorte
639 sollte die Schulen in freier Trägerschaft enthalten.

640 **Hochschule , Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung**

641 Wir sind stolz auf unsere sehr gut aufgestellten Wissenschaftseinrichtungen in
642 Bremen und Bremerhaven. Der Wissenschaftsrat hat den Hochschulen eine hohe
643 Leistungsfähigkeit bescheinigt. Mit dem Alfred-Wegener-Institut ist das Zentrum
644 der deutschen Polarforschung in Bremerhaven angesiedelt. Unsere Hochschulen sind
645 für junge Menschen hochattraktiv. Aktuell sind ca. 35.000 Studierende
646 eingeschrieben. Insgesamt schafft unser Wissenschaftssystem rund 21.000 direkte
647 und indirekte Arbeitsplätze.

648 Trotz Haushaltsnotlage sind wir überzeugt, dass wir in gute Bildung für
649 Studierende investieren müssen. Deshalb haben wir in den letzten vier Jahren das
650 Programm „Gute Lehre“ mit 7,5 Mio. EUR jährlich verstetigt. Für die Haushalte
651 2014/15 haben wir zusätzlich insgesamt 4,8 Mio. für die Verbesserung der Lehre
652 und zusätzlich 9 Mio. EUR für Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt. Außerdem wurde
653 der Wissenschaftshaushalt von Tarifsteigerungen, der Kofinanzierung der
654 Exzellenzinitiative sowie Mehrkosten der überregionalen Forschungsförderung
655 entlastet. Der Wissenschaftsplan 2020 versucht die Entwicklungen mit Augenmaß
656 und Verantwortung weiterzuentwickeln. Für gute Hochschulen kann das Land jedoch
657 finanziell nicht allein verantwortlich sein. Deshalb setzen wir uns auf
658 Bundesebene weiter für eine Neuordnung der Wissenschaftsfinanzierung zwischen
659 Bund und Ländern, die Ausfinanzierung des Hochschulpaktes, die Aufstockung und
660 Weiterfinanzierung der Hochschulbauförderung und die Aufhebung des
661 Kooperationsverbotes ein.

662 Die Situation vieler wissenschaftlicher MitarbeiterInnen ist nicht
663 zufriedenstellend. Mit unserer Initiative zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz
664 haben wir auf mehr unbefristete Verträge und verlässlichere Arbeitsbedingungen
665 in Zeitverträgen gedrängt und dies im Wissenschaftsplan 2020 festgelegt.

666 Wir wollen, dass aus wissenschaftlichen Innovationen Produkte werden. Deshalb
667 haben wir die Bedingungen für den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft,

668 Forschung und Unternehmen verbessert. Gleichzeitig erwartet die Öffentlichkeit
669 Transparenzregelungen darüber was mit welchem Geld an öffentlichen Hochschulen
670 erforscht wird. Diese Transparenzregelungen wollen wir im Hochschulgesetz
671 schaffen. Die Zivilklausel sollte hier auch verankert werden.

672 Wir wollen wir das hohe Niveau unserer Studienanfängerplätze halten und die
673 realen Chancen für mehr Menschen mit unterschiedlichen Bildungsverläufen,
674 Lebensentwürfen oder auch Restriktionen für ein erfolgreiches Studium und eine
675 wissenschaftliche Karriere verbessern. Wir wollen, dass mehr Kinder aus
676 Arbeiterfamilien, Studierwillige mit Migrationshintergrund oder Berufserfahrene
677 ohne Abitur den Weg an die Hochschulen schaffen. Studierende mit Kind, zu
678 pflegenden Angehörigen oder Handicaps bedürfen unserer besonderen Unterstützung.
679 Es ist verstärkt zu berücksichtigen, dass heute mehr Menschen ein duales
680 Studium, ein Studium in Teilzeit oder ein Weiterbildungsstudium absolvieren
681 möchten.

682 Auch ältere Menschen entdecken immer mehr die Chancen eines Studiums.
683 - wir wollen das Angebot dualer Studiengänge sukzessive ausbauen
684 - ein Teilzeitstudium muss nicht nur formal, sondern auch faktisch möglich sein
685 - die Vereinbarkeit von Studium und Familie muss als kontinuierlicher
686 Verbesserungsprozess angelegt werden auch durch ausreichende
687 Kinderbetreuungsmöglichkeiten an den Hochschulen.

688 Ein erfolgreiches Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Wir
689 setzen uns deshalb dafür ein, dass das Kindergeld den Studierenden künftig von
690 ihren Eltern unabhängig direkt ausgezahlt wird. Wir werden uns dafür einsetzen,
691 dass die BAfÖG-Sätze angehoben werden und der Kreis der Bezugsberechtigten
692 ausgeweitet wird.

693 Auch in Bremen wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Deshalb wollen wir mit
694 dem Studentenwerk und ggfs. mit öffentlichen und privaten
695 Wohnungsbaugesellschaften neuen studentischen Wohnraum schaffen.
696 Es ist uns wichtig, dass Studierende mit hoher Qualität erfolgreich studieren
697 können. Wir stehen zur Bologna-Reform. Dennoch sehen wir nach einer ersten
698 Korrekturphase weiteren Korrekturbedarf.

699 Durch das Verfassungsgerichtsurteil zur Drittelparität sind den
700 Mitentscheidungsbefugnissen bei Angelegenheiten zu Lehre und Forschung klare
701 Grenzen gesetzt. Wir wollen, dass die demokratische Teilhabe von Studierenden im
702 Bereich der allgemeinen Hochschulangelegenheiten ausgeweitet wird. Darüber
703 hinaus setzen wir uns für die ehrenamtliche Funktion eines/r studentischen
704 Konrektors/Konrektorin ein.

705 Obwohl 50 % der HochschulabsolventInnen Frauen sind, nimmt ihre Anteil - trotz
706 diverser Förderprogramme - bis zur Professur rapide ab. Der Anteil der
707 Berufungen qualifizierter Frauen - insbesondere in den MINT-Bereichen - muss
708 sich deutlich erhöhen.

709 Mit dem Wissenschaftsplan 2020 haben wir ökonomisch verlässliche
710 Rahmenbedingungen geschaffen und werden mit den Hochschulen mehrjährige Verträge
711 verhandeln. Wir werden unser 7,5 Mio. Programm „Gute Lehre“ und unsere

712 zusätzlichen Aufwendungen für die Verbesserung der Lehre sowie die
713 Sanierungsanstrengungen verstetigen. Auf Bundesebene werden wir uns für die
714 gerechtere Ausfinanzierung und die Fortsetzung des Hochschulpaktes bis Jahr
715 2025 einsetzen. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die
716 Universität Bremen die Chance auf eine zweite Runde in der Exzellenzinitiative
717 bekommt. Eine verstärkte Kooperation mit der Uni Oldenburg, der Metropolregion
718 und der Jacobs University nützt dem Standort. Wir stehen zum Kompromiss der
719 Finanzierung der Jacobs University. Weitere öffentliche Gelder wird es nicht
720 mehr geben.

721 **Weiterbildung - Chancen auf gute Bildung ein Leben lang!**

722 Wissen unterliegt rasanten Veränderungen. Was Erwachsene gestern gelernt haben,
723 kann heute schon hoffnungslos veraltet sein. Deshalb gibt es ganz neue
724 Herausforderungen an die Weiterbildung. Denn sie muss organisieren, dass
725 Erwachsene von der Wissensentwicklung profitieren können. Weiterbildung bietet
726 Chancen auf persönliche Entwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und berufliches
727 Fortkommen.
728 In den letzten vier Jahren stand für uns die Alphabetisierung und Grundbildung
729 im Mittelpunkt. Denn es darf nicht sein, dass ca. 60.000 Bremer/innen (und
730 Bremerhavener/innen) nicht richtig lesen und schreiben können. Es ist uns
731 gelungen, mit einem durchdachten Konzept und verschiedenen Maßnahmen knapp 10%
732 mehr Menschen für entsprechende Kurse zu begeistern.

733 Auch in den nächsten Jahren soll dies ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein. Unser
734 Ziel ist: Jede/r Bremer/in soll die Chance haben richtig lesen und schreiben zu
735 können und über ein solides Basiswissen zu verfügen! Gemeinsam mit Fachleuten
736 und den Weiterbildungseinrichtungen wollen wir erarbeiten, was dieses
737 Basiswissen umfassen soll. Und wir wollen verstärkt Stadtteilinitiativen als
738 Bildungsbotschafter gewinnen, die diesen Menschen den Weg in Weiterbildungskurse
739 ebnen. Dabei bleibt die Volkshochschule ein zentraler Träger von
740 Weiterbildungsangeboten.

741 Erwachsene haben ganz unterschiedliche Ansprüche an Bildung, die vom
742 Bildungsstand, dem sozialen oder beruflichen Hintergrund, dem Alter sowie der
743 Herkunft geprägt sein können. Deshalb wollen wir in der öffentlich finanzierten
744 Weiterbildung darauf achten, dass wir mit unseren Angeboten die
745 unterschiedlichen Zielgruppen erreichen und ihre Möglichkeiten berücksichtigen.
746 Weiterbildung muss für Frauen, Männer, Alte, Junge, Alleinerziehende, Menschen
747 mit Migrationshintergrund, Behinderte, politisch-, beruflich- und
748 allgemeinbildungsorientierte Menschen Angebote machen.
749 Mit der Novellierung des Bremischen Weiterbildungsgesetzes haben wir bereits
750 festgelegt, dass wir uns an dem Europäischen Referenzrahmen für lebenslanges
751 Lernen orientieren wollen. Darin werden Schlüsselkompetenzen zu Mutter- und
752 Fremdsprachen, Mathematik, Informationstechnologie, Lernen, Gesellschaft,
753 Eigeninitiative und Kultur beschrieben. Den Bildungsurlaub wollen wir weiter
754 für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufwerten.

755 **Kultur und Medien**

756 Kultur als Fundament urbaner Entwicklung und Lebenslanges Lernen

757 Wir begreifen Kunst und Kultur, Kulturentwicklung und -wirtschaft sowie neue
758 Soziokulturen als wesentliche Elemente der Stadt- und Quartiersentwicklung und
759 als wichtige Werkzeuge der Jugend-, Familien- und Seniorenarbeit. KünstlerInnen,
760 Kulturschaffende, gemeinwohlorientierte kulturwirtschaftliche Projekte,
761 Clubkulturen wie das „Zuckerwerk“, informelle Netzwerke (z.B. autonomes
762 architektur atelier oder ZwischenZeitZentrale) erspüren gesellschaftliche
763 Entwicklungen und machen sie für die Gesellschaft erfahrbar. Die Neuausrichtung
764 des Bremer Theaters, der Kunsthalle und der Schwankhalle, sowie der beiden
765 großen Orchester, erfolgreiche Formate wie die Breminale und La Strada, die
766 weitere Stärkung und Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft und ein neu
767 orientiertes Stadtmarketing sind für eine Aufwertung der Kulturpolitik wichtige
768 Entwicklungen, die wir in den vergangenen Jahren eingeleitet haben.
769 Wir wollen das am ehemaligen Güterbahnhof gewachsene Kreativzentrum kulturell
770 und städtebaulich absichern. Die Jugendkulturen und der künstlerische Nachwuchs
771 sollen ein Schwerpunkt der Projektförderung und der Kulturentwicklung werden,
772 dazu gehören auch verlässliche Standortentscheidungen und Förderungen der
773 Gesellschaft für aktuelle Kunst (GAK) und des „Zuckerwerks“. Wir wollen die
774 Tanzförderung neu aufstellen und neue Impulse vor allem im Bereich Literatur und
775 in der „fernsehfernen“ Film- und Medienförderung setzen.

776 Wir wollen die Arbeit der Bürgerhäuser reformieren und stützen. Dazu soll ein
777 Programm „Künstler in die Quartiere!“ aufgelegt werden, mit dem künstlerische
778 Ensembles und Projekte zeitweise an Bürgerhäuser gebunden werden, um diese mit
779 zu entwickeln und zu bespielen. Die Bürgerhäuser sollen dabei als Orte
780 informeller Bildung Schwerpunkte bilden. Wir wollen eine konsequente Wochenend-
781 Öffnung aller Kultureinrichtungen von den Bürgerhäusern bis zur Stadtbibliothek
782 erreichen, um insbesondere ArbeitnehmerInnen und Familien gemeinsame
783 Kulturerlebnisse zu ermöglichen.

784 Die Arbeit der kulturgeschichtlichen Museen – Überseemuseum und Fockemuseum –
785 wollen wir auf Schnittmengen und Synergien in ihrer Infrastruktur, beim Personal
786 und beim Marketing überprüfen und wo sinnvoll zusammenführen. Den entsprechenden
787 Prozess zwischen Weserburg und Kunsthalle wollen wir fortsetzen – dabei hat die
788 konzeptionelle Arbeit an Ausstellungen und kultureller Bildung Vorrang vor
789 Fragen der personellen Hierarchie. Und dabei muss die autonome Arbeit der
790 assoziierten kleineren Einrichtungen, der Gesellschaft für aktuelle Kunst (GAK)
791 und des Studienzentrums Künstlerpublikationen, unabhängig vom Standort gesichert
792 werden.

793 Kulturelle und künstlerische Bildung, Medienbildung und
794 Medienkompetenzvermittlung müssen eng verknüpft werden – denn dabei geht es um
795 Ausdrucksfähigkeit und Filter- und Konsumkompetenz. Für entsprechende
796 generationenübergreifende Angebote wollen wir die für Bürgermedien und zur
797 Medienförderung verfügbaren Rundfunkgebühren einsetzen und in einem
798 crossmedialen Angebot bündeln. Wir wollen in den Schulen, Kitas und in den
799 Bürgerhäusern qualifizierte kulturelle und mediale Schwerpunktangebote fördern
800 und in mehr Kultureinrichtungen freien Eintritt für Kinder und Jugendliche
801 ermöglichen.

802 Das Deutsche Schifffahrtmuseum in Bremerhaven, das Studienzentrum für
803 Künstlerpublikationen, das Tanzfilminstitut und das Klaus-Kuhnke-Archiv sind
804 wichtige Schnittstellen zwischen Kultur und Wissenschaft in Bremen, für die wir

805 eine nationale Vernetzung anstreben. Der U-Boot-Bunker Valentin soll als
806 Gedenkstätte und Teil der Bremer „Wissenswelten“ weiter entwickelt werden. Mit
807 dem Tod der letzten Zeitzeugen der Nazizeit steht die Erinnerungskultur in
808 Deutschland vor einem Umbruch, während rechtsradikales Gedankengut wieder
809 Zuspruch erfährt. Wir wollen deshalb eine Bremer Strategie zur weiteren
810 Entwicklung der Erinnerungskultur im kulturellen Leben entwickeln, die
811 Möglichkeiten der Kunst, der Medien und zeitgenössisches Edutainments nutzt.
812 Dazu muss auch die kolonialistische Vergangenheit gehören.
813 Wir fordern eine Digitalisierungsstrategie für die Archive und Sammlungen der
814 Bremer Kultureinrichtungen, um ihre Inhalte strukturiert zu erhalten, zugänglich
815 zu machen und in die „Deutsche Digitale Bibliothek“ integrieren zu können.

816 Die konzept- und produktionsbezogene Projektförderung ist wichtig für die
817 Kultur- und die Stadtentwicklung und soll ihren eigenen Stellenwert in der
818 Kulturlandschaft und Kulturförderung erhalten. Deshalb wollen wir die
819 künstlerische Projektförderung und die bisherigen Verfahren für Impulsmittel,
820 Mittel der Stiftung Wohnliche Stadt und Förderungen durch die stART-Jugend-
821 Kunst-Stiftung bündeln. So jährlich 1 Million Euro für die Projektförderung
822 rechtzeitig ausgeschrieben und vergeben werden. Davon sollen jährlich ein fester
823 Anteil für Kinder- und Jugendkultur und weitere Anteile jährlich wechselnd
824 thematisch gebunden ausgeschrieben werden - etwa für digitale Kulturen,
825 Erinnerungskultur, Netz- und Popkultur, neue Soziokulturen oder auch für
826 notwendige Impulse in den klassischen Kultursparten.

827 Institutionelle und strukturelle Förderungen sollen nicht weiter aus der
828 Projektförderung finanziert werden. Anteile aller institutionellen Förderungen
829 sollen an Kooperationsgebote geknüpft werden, um Kulturträger zu Kooperationen
830 mit anderen Akteuren der Stadtgesellschaft zu motivieren. Die langfristige
831 Förderung durch Contracting und die Kennzahlen des Controllings wollen wir
832 weiter so entwickeln, dass sie eine kontinuierliche Entwicklung und Evaluierung
833 kultureller Leistungen ermöglichen. Vom Kulturressort erwarten wir eine
834 intensivere Einbindung in kulturpolitische und kulturfördernde Netzwerke der
835 Bundesländer, des Bundes und Europas.

836 **Demokratische Medien für alle Generationen**

837 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für uns integraler Bestandteil einer
838 Grundversorgung der Bevölkerung mit Information und Grundvoraussetzung für eine
839 demokratische Gesellschaft. Für vielfältige Medien und freie Berichterstattung
840 sind staatsferne Kontrollorgane notwendig. Die Mitglieder in den Medien- und den
841 Rundfunkrat entsendenden Institutionen haben wir den gesellschaftlichen
842 Realitäten angepasst, u.a. durch VertreterInnen der Muslimischen Verbände, der
843 Kulturszene und der Jugendarbeit. Wir wollen auch weiterhin regelmäßig
844 überprüfen, wie der Medienrat der Landesmedienanstalt und der Rundfunkrat von
845 Radio Bremen die Relevanz gesellschaftlicher Gruppen abbilden. Dabei soll mehr
846 jungen Menschen die Möglichkeit eröffnet werden, sich im Rundfunk- und Medienrat
847 zu engagieren - z.B. von den Hoch- und Berufsschulen und vom Landesschülerrat
848 entsandte Mitglieder. Dazu wollen wir das Mindestalter für die
849 Gremienmitgliedschaft auf 16 Jahre reduzieren.

850 Die Bündelung und zeitgemäße Aufstellung der Bürgermedien,
851 generationenübergreifende Medienkompetenzvermittlung und kulturelle

852 Medienförderung sind in der digitalen Gesellschaft wichtige Ziele der Grünen:
853 Wir haben in den vergangenen Jahren die Landesmedienanstalt mit der Bündelung
854 der Medienkompetenz-Angebote in Bremen gesetzlich beauftragt. Künftig sollen die
855 für die Landesmedienanstalt und für Medienförderung zur Verfügung stehenden
856 Rundfunkgebühren schwerpunktmäßig und zielgerichtet für die Medienbildung
857 eingesetzt werden. Der bisherige Bürgerrundfunk, Bürgermedien-Angebote auf
858 Bremen.de und Angebote von Kultur-, Wissenschafts-, Sport- und
859 Bildungseinrichtungen müssen verknüpft werden, eine Nachwuchsförderung
860 einschließen und das Internet als zentralen und flexiblen Ausspielweg nutzen.

861 Zeitgemäßer Jugendmedienschutz muss Medienangebote qualifizieren - darf aber
862 Jugendlichen nicht pauschal ihre Informationsmündigkeit und ihr eigenes
863 kulturelles Erleben absprechen. Medienbildung bedeutet Lernen mit, durch und
864 über Medien. Medienkompetenz ist die Grundvoraussetzung, um selbstbestimmt und
865 selbstbewusst am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Deshalb wollen wir
866 Medienbildung als roten Faden in alle staatlichen Bildungsangebote verweben. Das
867 souveräne Verstehen und Einordnen von Inhalten, ihren Autoren und Absendern ist
868 ebenso wichtig wie eine Vertrautheit mit neuen und älteren Kulturtechniken.
869 Junge Menschen sind im Umgang mit digitaler Technik oft erfahrener und
870 intuitiver vertraut als ältere. Wir wollen deshalb das
871 generationenübergreifende Lernen stärken: Mit einem Modell „Studenten in die
872 Schulen“ wollen wir Kooperationen zwischen den Hochschulen und
873 allgemeinbildenden Schulen initiieren, ältere Menschen könnten digitale
874 Techniken gemeinsam mit Kindern kennenlernen und SchülerInnen gemeinsam mit den
875 LehrerInnen praktische digitale Erfahrungen sammeln und Ausdrucksformen
876 erproben.

877 Die Bremer Medienförderung soll der Konvergenz von Internet, klassischen
878 Rundfunktechniken und Print-Journalismus Rechnung tragen und künftig
879 gleichberechtigt alle Formen der medialen Kultur, Information und Kunst
880 berücksichtigen: Fernsehen und Hörfunk, Filme und Spiele. Sie soll sich
881 insbesondere auf die auf die Nachwuchsförderung, Entwicklung und Erprobung neuer
882 Formate sowie die Vermittlung von Medienkompetenz im Sinne von
883 Ausdrucksfähigkeit, Filter- und Konsumkompetenz konzentrieren.

884 Auf Bundesebene fordern wir eine Reform der Urheber-, Nutzungs- und
885 Verwertungsrechte und der Medienförderung und -finanzierung, die der
886 Medienkonvergenz Rechnung tragen müssen. Wir setzen uns für eine Aufhebung der
887 Inhalte und Teilhabe beschränkenden Depublikationspflicht und eine Öffnung der
888 Archive z.B. auf Basis der Deutschen Digitalen Bibliothek für die öffentlich-
889 rechtlichen Medien ein. Dazu gehören auch eine weitere deutliche Begrenzung der
890 Werbung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, sowie ein Werbeverbot im
891 Kinderfernsehen. Wir begrüßen die Pläne für eine gemeinsame Medienanstalt der
892 Länder.

893 **Digitale Gesellschaft**

894 In einer demokratischen Gesellschaft überwacht nicht der Staat seine BürgerInnen
895 - sondern die BürgerInnen überwachen den Staat. Voraussetzung dafür sind
896 umfassende Transparenz, Information und Medienkompetenz der Bevölkerung sowie
897 Datensparsamkeit auf staatlicher Ebene und im Privatleben. Uns Grünen ist
898 wichtig, dass die Digitalisierung für Partizipation und Inklusion in der

899 gesellschaftlichen Auseinandersetzung genutzt wird - das Internet bietet dafür
900 mit sozialen Netzwerken, Informations- und Beteiligungsgelegenheiten vielfältige
901 Chancen und Möglichkeiten.

902 Bremen hat in den vergangenen Jahren mit dem Informationsfreiheitsgesetz
903 Standards geschaffen, an denen sich andere Städte und Bundesländer orientieren.
904 Wir haben die Einführung von Open Data begonnen und fördern die Nutzung
905 staatlicher Daten. Wir setzen nach Möglichkeit Creative Commons ein, um
906 staatliche Daten und Texte möglichst unkompliziert zur Weiternutzung zur
907 Verfügung zu stellen. Auch hinsichtlich digitaler Bürgerbeteiligung ist Bremen -
908 etwa mit der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans und des
909 Verkehrsentwicklungsplans - Vorreiter und Vorbild für andere Städte und
910 Regionen. Diese erfolgreiche, impulsgebende Politik wollen wir in den nächsten
911 Jahren fortsetzen und in weitere Politikbereiche übertragen.

912 Wir setzen uns für die Aufnahme von digitalen Rechten in die Bremische
913 Landesverfassung und eine Verankerung von Datenschutz im Grundgesetz ein. Wir
914 fordern eine rasche Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung der EU, die von der
915 schwarz-roten Bundesregierung gebremst wird. Wir brauchen einheitliche
916 europäische Standards des Datenschutzes, die sich nicht am Standort global
917 agierender Unternehmen orientieren.

918 Das hohe technische und konzeptionelle Niveau digitaler Bürgerbeteiligung in
919 Bremen wollen wir noch weiterentwickeln. Wir wollen, dass in öffentlichen
920 Gebäuden mit Publikumsverkehr und in den Fahrzeugen der BSAG freier, kostenloser
921 und gesicherter W-Lan Zugang angeboten wird und wir begrüßen das Angebot
922 privater W-LAN-Zugänge in Kultur- und Freizeiteinrichtungen, in Gastronomie und
923 Gewerbe sowie in der Nachbarschaft. Dazu muss die Störerhaftung für W-LAN-
924 Betreiber abgeschafft und Rechtssicherheit für freien W-Lan Zugang ermöglicht
925 werden.

926 Als erstes Bundesland wollen wir mit Bremen.de eine verschlüsselte und
927 gesicherte Kommunikation für alle interessierten BürgerInnen möglichst kostenlos
928 ermöglichen. In der Bremischen Verwaltung soll verschlüsselte Kommunikation zum
929 Standard, mehr hardware-unabhängige, freie und quelloffene Software genutzt und
930 Datensparsamkeit vorgelebt und kommuniziert werden. Daten bremischer BürgerInnen
931 sollen nur auf sicheren europäischen Servern gelagert werden. Das
932 Informationsfreiheitsregister muss im Hinblick auf seine Vollständigkeit und in
933 Bezug auf die Verschlagwortung von Informationen und eine komfortable
934 Suchfunktion verbessert werden. Öffentlich geförderte Forschungsergebnisse
935 sollen als „Open Data“ und „Open Access“ kostenfrei im Internet allen zugänglich
936 gemacht werden. Für die AutorInnen solcher Forschungen soll ein
937 Zweitverwertungsrecht obligatorisch werden.

938 Wir wollen ein Digitales Bündnis mit der bremischen Wirtschaft „für
939 sozialverträgliche IT-Beschaffung“ initiieren. PCs, Tablets und Handys werden
940 unter unhaltbaren Arbeitsbedingungen und oft mit Rohstoffen aus Afrika
941 hergestellt, die Kriege und Konflikte finanzieren. Bremen als „Hauptstadt des
942 fairen Handels“ hat begonnen, bei der Beschaffung von IT-Hardware diese
943 Missstände zu beachten und setzt auf nachhaltige und sozial- und

944 umweltverträgliche Beschaffung: Wir unterstützen Projekte, Produkte und
945 Maßnahmen, die diese Bedingungen verbessern und wollen möglichst viele
946 Beteiligte aus Wirtschaft und Gesellschaft motivieren, sich daran zu beteiligen.

947 Internetwirtschaft, -handel und -kommunikation funktionieren über die Preisgabe
948 von persönlichen Daten an die Unternehmen. Wir sind sicher, dass das auch anders
949 geht. Wir wollen anonyme Geschäftsmodelle im Internet erforschen lassen und
950 fördern, die ohne den Verkauf der Privatsphäre auskommen - in der Wissenschaft
951 und in der Wirtschaftsförderung. Vielleicht entsteht aus einem entsprechenden
952 Wirtschaftsförderpreis so „the next big thing“ - auch in Bremen! Guter
953 Datenschutz wird ein wichtiger Standortfaktor. Gemeinsam mit der Wirtschaft,
954 zivilgesellschaftlichen Gruppen und den Hochschulen Bremens wollen wir ein
955 „Bremer IT-Siegel“ entwickeln, mit dem Unternehmen hohe Ansprüche an den
956 Datenschutz für ihre Kunden und Partner sowie faire und umweltverträgliche
957 Beschaffung von IT-Produkten freiwillig belegen und als best practice
958 präsentieren können.

959 Im Schulunterricht spielen digitale Medien zunehmend eine Rolle. Damit sich
960 Medieneinsatz und Digitale Medienbildung an Schulen zu einem
961 selbstverständlichen Teil des Unterrichts entwickeln, müssen die technischen
962 Voraussetzungen verbessert werden: Wir wollen die IT-Ausstattung und -Pflege an
963 den Schulen standardisieren und regelmäßig modernisieren. In den Schulen wollen
964 wir die Mitnahme und Nutzung eigener Laptops und Tablets im Unterricht
965 grundsätzlich erlauben. Die Infrastruktur muss dazu so aufgebaut werden, dass
966 auch private Geräte genutzt werden können. Der Zugang zum Internet soll über
967 WLAN an allen Bremer Schulen - wie bisher schon an den Hochschulen - einheitlich
968 gestaltet sein.

969 Die digitale globale Revolution erfordert die Abwägung zwischen Datenfreiheit
970 und Datenschutz. Kommunikative Freiheiten, Teilhabe und technische Innovationen
971 stehen Fremdbestimmung und Überwachung gegenüber. Dabei kommen staatliche
972 Strukturen an ihre Grenzen, denn global agierende Datenkonzerne wie Google,
973 Facebook, Apple und Microsoft sind nur schwer zu reglementieren. Deshalb setzen
974 wir auf zeitgemäße kooperative Gesetzgebung auf nationaler, internationaler und
975 europäischer Ebene. Auf Bundes- und Europaebene setzen wir uns deshalb auch für
976 eine unbedingte Netzneutralität ein und lehnen Vorratsdatenspeicherung strikt
977 ab.